

**No. 32355**

---

**AUSTRIA  
and  
ESTONIA**

**Agreement concerning promotion and protection of investments. Signed at Tallinn on 16 May 1994**

*Authentic texts: German and Estonian.*

*Registered by Austria on 27 November 1995.*

---

**AUTRICHE  
et  
ESTONIE**

**Accord relatif à l'encouragement et à la protection des investissements. Signé à Tallinn le 16 mai 1994**

*Textes authentiques : allemand et estonien.*

*Enregistré par l'Autriche le 27 novembre 1995.*

## [GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER  
REPUBLIK ESTLAND ÜBER DIE FÖRDERUNG UND DEN  
SCHUTZ VON INVESTITIONEN

DIE REPUBLIK ÖSTERREICH UND DIE REPUBLIK ESTLAND, im folgenden die „Vertragsparteien“ genannt,

VON DEM WUNSCH GELEITET, günstige Voraussetzungen für eine größere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien zu schaffen;

IN DER ERKENNTNIS, daß die Förderung und der Schutz von Investitionen die Bereitschaft zur Vornahme solcher Investitionen stärken und dadurch einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen leisten können,

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

**Artikel 1****Definitionen**

Für die Zwecke dieses Abkommens

(1) umfaßt der Begriff „Investition“ alle Vermögenswerte, und insbesondere, aber nicht ausschließlich:

- a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte, wie Hypotheken, Zurückbehaltungsrechte, Pfandrechte, Nutzungsrechte und ähnliche Rechte;
- b) Anteilsrechte und andere Arten von Beteiligungen an Unternehmen;
- c) Ansprüche auf Geld, das übergeben wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf eine Leistung, die einen wirtschaftlichen Wert hat;
- d) Urheberrechte, gewerbliche Schutzrechte wie Erfinderpateute, Handelsmarken, gewerbliche Muster und Modelle sowie technische Verfahren, Know-how, Handelsnamen und Goodwill;
- e) öffentlich-rechtliche Konzessionen für die Aufsuchung, den Abbau oder die Gewinnung von Naturschätzen;

(2) bezeichnet der Begriff „Investor“ in bezug auf die Vertragsparteien

- a) jede natürliche Person, die Staatsangehöriger einer der Vertragsparteien in Übereinstimmung mit deren Gesetzen ist und im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Investition tätigt;
- b) jede juristische Person oder Personengesellschaft, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer der Vertragsparteien geschaffen wurde, ihren Sitz in deren Hoheitsgebiet hat und im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Investition tätigt;

(3) bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die eine Investition erbringt, und insbesondere, aber nicht ausschließlich, Gewinne, Zinsen, Kapitalzuwächse, Dividenden, Tantiemen, Lizenzgebühren und andere Entgelte;

(4) umfaßt der Begriff „Enteignung“ auch die Verstaatlichung oder jede sonstige Maßnahme mit gleicher Wirkung.

**Artikel 2****Förderung und Schutz der Investitionen**

(1) Jede Vertragspartei fördert nach Möglichkeit in ihrem Hoheitsgebiet die Investitionen der Investoren der anderen Vertragspartei, läßt diese Investitionen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zu und behandelt sie in jedem Fall gerecht und billig.

(2) Investitionen gemäß Artikel 1 Absatz 1 und ihre Erträge genießen den vollen Schutz dieses Abkommens. Gleiches gilt, unbeschadet der Bestimmungen des Absatzes 1, im Falle einer Wiederveranlagung solcher Erträge auch für deren Erträge. Die rechtliche Erweiterung, Veränderung oder Umwandlung einer Investition erfolgt in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der Vertragsparteien.

### Artikel 3

#### Behandlung von Investitionen

(1) Jede Vertragspartei behandelt Investoren der anderen Vertragspartei und deren Investitionen nicht weniger günstig als ihre eigenen Investoren und deren Investitionen oder Investoren dritter Staaten und deren Investitionen.

(2) Die Bestimmungen gemäß Absatz 1 können nicht dahin gehend ausgelegt werden, daß sie eine Vertragspartei verpflichten, den Investoren der anderen Vertragspartei und deren Investitionen den gegenwärtigen oder künftigen Vorteil einer Behandlung, einer Präferenz oder eines Privileges einzuräumen, welcher sich ergibt aus

- a) einer Zollunion, einem gemeinsamen Markt, einer Freihandelszone oder der Zugehörigkeit zu einer Wirtschaftsgemeinschaft;
- b) einem internationalen Abkommen, einer zwischenstaatlichen Vereinbarung oder innerstaatlichen Rechtsvorschrift über Steuerfragen;
- c) einer Regelung zur Erleichterung des Grenzverkehrs.

### Artikel 4

#### Entschädigung

(1) Investitionen von Investoren einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur im öffentlichen Interesse, auf Grund eines rechtmäßigen Verfahrens und gegen Entschädigung enteignet werden. Die Entschädigung muß dem Wert der Investition unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß ohne ungebührliche Verzögerung geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz jenes Staates, in dessen Hoheitsgebiet die Investition durchgeführt wurde, zu verzinsen; sie muß in frei konvertierbarer Währung erfolgen und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein.

(2) Enteignet eine Vertragspartei die Vermögenswerte einer Gesellschaft, die in Anwendung von Artikel 1 Absatz 2 dieses Abkommens als eine Gesellschaft dieser Vertragspartei anzusehen ist, und an welcher ein Investor der anderen Vertragspartei Anteilsrechte besitzt, so wendet sie die Bestimmungen des Absatzes 1 dergestalt an, daß die angemessene Entschädigung dieses Investors sichergestellt wird.

(3) Dem Investor steht das Recht zu, die Rechtmäßigkeit der Enteignung durch die zuständigen Organe der Vertragspartei, welche die Enteignung veranlaßt hat, überprüfen zu lassen.

(4) Dem Investor steht das Recht zu, die Höhe der Entschädigung und die Zahlungsmodalitäten entweder durch die zuständigen Organe der Vertragspartei, welche die Enteignung veranlaßt hat, oder durch ein internationales Schiedsgericht gemäß Artikel 8 dieses Abkommens überprüfen zu lassen.

### Artikel 5

#### Transfer

(1) Jede Vertragspartei gewährleistet den Investoren der anderen Vertragspartei ohne ungebührliche Verzögerung den freien Transfer in frei konvertierbarer Währung der im Zusammenhang mit einer Investition stehenden Zahlungen, insbesondere, aber nicht ausschließlich,

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Erweiterung der Investition;
- b) von Beträgen, die zur Abdeckung von Ausgaben im Zusammenhang mit der Verwaltung der Investition bestimmt waren;
- c) der Erträge;
- d) der Rückzahlung von Darlehen;
- e) des Erlöses im Falle vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Investition;
- f) einer Entschädigung gemäß Artikel 4 Absatz 1 dieses Abkommens.

(2) Die Zahlungen gemäß diesem Artikel erfolgen zu den Wechselkursen, die am Tage der Transferzahlung im Hoheitsgebiet der Vertragspartei, von der aus der Transfer vorgenommen wird, gelten.

(3) Die Wechselkurse werden entsprechend den Notierungen an den im Hoheitsgebiet jeder Vertragspartei befindlichen Börsen bzw. subsidiär von dem jeweiligen Bankensystem im Hoheitsgebiet jeder der Vertragsparteien festgelegt. Die Bankgebühren werden gerecht und angemessen sein.

#### Artikel 6

##### Eintrittsrecht

Leistet eine Vertragspartei oder eine von ihr hiezu ermächtigte Institution ihrem Investor Zahlungen auf Grund einer Garantie für eine Investition im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte des Investors der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 8 dieses Abkommens und der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 9 dieses Abkommens, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieses Investors kraft Gesetzes oder auf Grund eines Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer der an die betreffende Vertragspartei auf Grund der übertragenen Rechte zu leistenden Zahlungen gelten Artikel 4 und Artikel 5 dieses Abkommens sinngemäß.

#### Artikel 7

##### Andere Verpflichtungen

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Abkommen zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Investitionen der Investoren der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Abkommen zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Abkommen insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei hält jede vertragliche Verpflichtung ein, die sie gegenüber einem Investor der anderen Vertragspartei in bezug auf von ihr genehmigte Investitionen in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

#### Artikel 8

##### Beilegung von Investitionsstreitigkeiten

(1) Entstehen zwischen einer Vertragspartei und einem Investor der anderen Vertragspartei Meinungsverschiedenheiten aus einer Investition, so werden diese so weit wie möglich zwischen den Streitparteien freundschaftlich beigelegt.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit gemäß Absatz 1 nicht innerhalb von sechs Monaten ab dem Erhalt einer schriftlichen Mitteilung hinreichend bestimmter Ansprüche beigelegt werden, wird die Meinungsverschiedenheit auf Antrag der Vertragspartei oder des Investors der anderen Vertragspartei durch ein Schiedsverfahren mit drei Schiedsrichtern nach der UNCITRAL-Schiedsgerichtsordnung, die am 15. Dezember 1976 von der Generalversammlung angenommen wurde, entschieden.

(3) Für den Fall, daß beide Vertragsparteien Vertragsstaaten der Washingtoner Konvention vom 18. März 1965 über die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Staatsangehöriger anderer Staaten geworden sind, kann die Meinungsverschiedenheit auf Antrag des Investors alternativ zu dem in Absatz 2 erwähnten Verfahren dem Internationalen Zentrum für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID) unterbreitet werden. Jede Vertragspartei stimmt hiermit zu, eine solche Meinungsverschiedenheit dem ICSID zur Beilegung nach der erwähnten Washingtoner Konvention zu unterbreiten. Sollten die Streitparteien unterschiedlicher Auffassung darüber sein, ob entweder ein Vergleichsverfahren oder ein Schiedsverfahren die geeignete Weise der Streitbeilegung darstellt, so hat der Investor das Entscheidungsrecht. Im Falle eines Schiedsverfahrens stimmt jede Vertragspartei auch ohne Vorliegen einer individuellen Schiedsvereinbarung zwischen der Vertragspartei und dem Investor durch dieses Abkommen unwiderruflich im vorhinein zu, solche Meinungsverschiedenheiten dem Zentrum zu unterbreiten und den Schiedsspruch als bindend anzuerkennen. Diese Zustimmung beinhaltet den Verzicht auf das Erfordernis, daß innerstaatliche Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren erschöpft worden sind.

(4) Der Schiedsspruch ist endgültig und bindend; er wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt; jede Vertragspartei stellt die Anerkennung und Durchsetzung des Schiedsspruches in Übereinstimmung mit ihren einschlägigen Rechtsvorschriften sicher.

(5) Eine Vertragspartei, die Streitpartei ist, macht in keinem Stadium des Vergleichs- oder Schiedsverfahrens oder der Durchsetzung eines Schiedsspruches als Einwand geltend, daß der Investor, der die andere Streitpartei bildet, auf Grund einer Garantie eine Entschädigung bezüglich aller oder Teile seiner Verluste erhalten habe.

#### **Artikel 9**

##### **Beilegung von Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien**

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen, soweit wie möglich, durch freundschaftliche Verhandlungen beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit gemäß Absatz 1 innerhalb von sechs Monaten nicht beigelegt werden, so wird sie auf Antrag einer der Vertragsparteien einem Schiedsgericht unterbreitet.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall wie folgt gebildet: jede Vertragspartei bestellt ein Mitglied und beide Mitglieder einigen sich auf einen Staatsangehörigen eines Drittstaates als Vorsitzenden. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will, der Vorsitzende innerhalb von weiteren zwei Monaten zu bestellen.

(4) Werden die in Absatz 3 festgelegten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident des Internationalen Gerichtshofes die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert diese Funktion auszuüben, so kann der Vizepräsident, oder im Falle seiner Verhinderung, das dienstälteste Mitglied des Internationalen Gerichtshofes unter denselben Voraussetzungen eingeladen werden, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen.

(5) Das Schiedsgericht beschließt seine eigene Verfahrensordnung.

(6) Das Schiedsgericht entscheidet auf Grund dieses Abkommens sowie auf Grund der allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechtes. Es entscheidet mit Stimmenmehrheit; der Schiedsspruch ist endgültig und bindend.

(7) Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds und ihrer Rechtsvertretung in dem Schiedsverfahren. Die Kosten des Vorsitzenden sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Gericht kann jedoch in seinem Schiedsspruch eine andere Kostenregelung treffen.

#### **Artikel 10**

##### **Anwendung dieses Abkommens**

Dieses Abkommen gilt für Investitionen, die Investoren der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet sowohl vor als auch nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens vorgenommen haben oder vornehmen werden; es gilt jedoch nicht für eine Investitionsstreitigkeit, die vor seinem Inkrafttreten auftrat, noch für einen Anspruch, der vor seinem Inkrafttreten beigelegt wurde.

#### **Artikel 11**

##### **Inkrafttreten und Dauer**

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation und tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf den Tag folgt, an welchem der Austausch der Ratifikationsurkunden stattgefunden hat.

(2) Das Abkommen bleibt zwanzig Jahre lang in Kraft. Nach deren Ablauf wird es auf unbestimmte Zeit verlängert und kann von jeder Vertragspartei unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von zwölf Monaten schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt werden.

(3) Für Investitionen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Abkommens vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 10 dieses Abkommens noch für weitere zwanzig Jahre vom Tage des Außerkrafttretens des Abkommens an.

GESCHEHEN zu Tallin, am 16. Mai 1994, in zwei Urschriften, jede in deutscher und estnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen authentisch ist.

Für die Republik  
Österreich:

Dr. MANFRED ORTNER

Für die Republik  
Estland:

JÜRI LUIK

---

[ESTONIAN TEXT — TEXTE ESTONIEN]

## AUSTRIA VABARIIGI JA EESTI VABARIIGI VAHELINE INVESTEE- RINGUTE SOODUSTAMISE JA KAITSE LEPING

AUSTRIA VABARIIGI ja EESTI VABARIIGI, edaspidi nimetatud kui „Lepingupooled“,  
SOOVIDES luua soodsaid tingimusi laiemaks majanduslikuks koostööks Lepingupoole vahel;  
TUNNISTADES, et investeringute soodustamine ja kaitse võivad tugevdada valmisolekut sellisteks  
investeringuteks ning sellega anda tähtsa panuse majandussuhete arengusse,  
ON KOKKU LEPPINUD ALLJÄRGNEVAS:

### Artikkel 1

#### Definitsioonid

Käesoleva Lepingu tähenduses

(1) hõlmab mõiste „investeering“ kõiki varasid ja eriti, kuid mitte ainult:

- a) vallas- ja kinnisvara, samuti kõiki muid õigusi *in rem* nagu hüpoteegid, pandiõigused, pandid, kasutusvaldused ning muud sarnased õigused;
- b) aktsiaid ja muid ettevõtluses osalemise vorme;
- c) nõudeid rahale, mis on välja antud majandusliku väärtuse loomiseks või nõudeid igasugusele majandusliku väärtusega tegevusele;
- d) autoriõigusi, tööstusliku omandi õigusi nagu leiutiste patendid, kaubamärgid, tööstuslik disain ja standardmudelid, tehnilised protsessid, oskusteave, kaubanimetused ja firma hea nimi;
- e) kooskõlas riigi seadustega antud ärikontsessioone loodusressursside otsimiseks ja kasutamiseks.

(2) tähendab mõiste „investeeriija“ Lepingupoole puhul:

- a) igat füüsilist isikut, kes on ükskõik kumma Lepingupoole kodanik vastavalt selle seadustele ja teeb investeeringu teise Lepingupoole territooriumil;
- b) igat Lepingupoole seadusandlusega kooskõlas moodustatud juriidilist isikut või osahingut, mis asub tema territooriumil ja teeb investeeringu teise Lepingupoole territooriumil.

(3) tähendab mõiste „tulu“ investeeringu toodetud summat ja eriti, kuid mitte ainult, kasumit, intresse, kapitali juurdekasvu, dividende, autoritasusid, litsentsi- ja muid tasusid.

(4) hõlmab mõiste „sundvõõrandamine“ ka natsionaliseerimist või ükskõik millist sama toimega abinõu.

### Artikkel 2

#### Investeeringute soodustamine ja kaitse

(1) Kumbki Lepingupool soodustab oma territooriumil võimalikult ulatuslikult teise Lepingupoole investeerijate investeeringuid, lubab selliseid investeeringuid kooskõlas oma seadusandlusega ning võimaldab igal juhul sellistele investeeringutele õiglase ja erapooletu käsitluse.

(2) Vastavalt Artikli 1 lõikele 1 lubatud investeeringud ning nende tulu on käesoleva Lepingu täieliku kaitse all. Sama kehtib lõike 1 tingimusi kahjustamata ka nende tulu suhtes reinvesteeringu puhul. Investeeringu seaduslik laiendamine, muutmine või teisendamine toimub kooskõlas ühe Lepingupoole seadusandlusega.

### Artikkel 3

#### Investeeringute käsitlus

(1) Kumbki Lepingupool võimaldab teise Lepingupoole investeerijatele ja nende investeeringutele vähemalt sama soodsat käsitlust kui ta võimaldab oma investeerijatele ning nende investeeringutele või kolmanda riigi investeerijatele ja nende investeeringutele.

(2) Lõike 1 sätteid ei saa tõlgendada ühe Lepingupoole kohustusena laiendada teise Lepingupoole investeerijatele ja nende investeeringutele olemasolevat või edaspidist soodustust ükskõik millisest käsitlusest, eelistusest või eesõigusest, mis tuleneb:

- a) ükskõik millisest tolliunioonist, ühisturust, vabakaubanduspiirkonnast või majandusühenduse liikmeksolekust;
- b) ükskõik millisest maksustamisalasest rahvusvahelisest lepingust, rahvusvahelisest kokkuleppest või riigisisese seadusandlusest;
- c) ükskõik millisest piirikaubanduse hõlbustamise korraldusest.

#### Artikkel 4

##### Kompensatsioon

(1) Kummagi Lepingupoole investeerijate investeeringuid ei saa sundvõõrandada teise Lepingupoole territooriumil, välja arvatud riigi huvides vastava seadusliku menetluse järgi ja kompensatsiooni vastu. Selline kompensatsioon peab ulatuma investeeringu väärtuseni vahetult enne tegeliku või eelseisva abinõu avalikustumist. Kompensatsioon tuleb maksta ilma viivitusega ning makseajani peab see kandma investeeringu asukohariigi tavalist pangaprotsenti; seda tuleb maksta vabalt konverteeritavas valuutas ning see peab olema vabalt ülekantav. Sellise kompensatsiooni kindlaksmääramise ja maksmise tingimused esitatakse sobival viisil hiljem kui võõrandamise momendil.

(2) Kui Lepingupool sundvõõrandab sellise firma varad, mida peetakse selle Lepingupoole firmaks vastavalt käesoleva Lepingu Artikli 1 lõikele 2 ning milles teise Lepingupoole investeerija omab aktsiaid, siis ta kohaldab lõike 1 sätteid kindlustamaks sellele investeerijale vastavat kompensatsiooni.

(3) Investeerijal on õigus lasta sundvõõrandamise seaduslikkus üle vaadata sundvõõrandamise põhjustanud Lepingupoole pädevatel võimuorganitel.

(4) Investeerijal on õigus lasta kompensatsiooni hulk ja maksmise tingimused üle vaadata kas sundvõõrandamise põhjustanud Lepingupoole pädevatel võimuorganitel või rahvusvahelisel arbitraazikohtul vastavalt käesoleva Lepingu Artiklile 8.

#### Artikkel 5

##### Ülekanded

(1) Kumbki Lepingupool võimaldab teise Lepingupoole investeerijatele investeeringutega seotud maksete viivitusega vaba ülekandmise vabalt konverteeritavas valuutas, eriti, kuid mitte ainult, järgneva ülekandmise:

- a) kapital ja lisasummad investeeringu säilitamiseks või laiendamiseks;
- b) summad, mis on eraldatud investeeringu halduskulude katmiseks;
- c) tulu;
- d) laenude tagasimaksmine;
- e) investeeringu täielikust või osalisest likvideerimisest või müügist saadavad summad;
- f) käesoleva lepingu Artikli 4 lõikele 1 vastav kompensatsioon.

(2) Käesolevas Artiklis osutatud maksed sooritatakse vahetuskursi järgi, mis kehtib maksete ülekandmise päeval selle Lepingupoole territooriumil, kust ülekanne sooritatakse.

(3) Vahetuskurs määratakse vastavalt fondibörsi noteeringutele kummagi Lepingupoole territooriumil või nende puudumisel vastava pangasüsteemi poolt kummagi Lepingupoole territooriumil. Pangagaoperatsiooni tasud peavad olema õiglased ja erapooletud.

#### Artikkel 6

##### Subrogatsioon

Kui üks Lepingupool või tema poolt volitatud asutus teeb makseid oma investeerijaile tagamaks teise Lepingupoole territooriumil tehtud investeeringut, tunnustab teine Lepingupool, kahjustamata esimese Lepingupoole investeerija õigusi vastavalt käesoleva Lepingu Artiklile 8 ja esimese Lepingupoole õigusi vastavalt käesoleva Lepingu Artiklile 9, selle investeerija õiguste ja nõuete üleminekut esimesele Lepingupoolele vastavalt seadustele või seadusliku tehingu tulemusena. Samuti tunnustab viimatinimetatud



Lepingupool esimese Lepingupoole subrogatsiooni kõigile õigustele või nõudmistele, mida see Lepingupool võib omandada samal määral kui tema õiguslik eelkäija. Käesoleva Lepingu Artiklid 4 ja 5 kehtivad mutatis mutandis sellise ülemineku seoses Lepingupoolele tehtavate maksete ülekannete suhtes.

### Artikkel 7

#### Muud kohustused

(1) Kui ühe või teise Lepingupoole seadusesätteid või lisaks käesolevale Lepingule Lepingupoole vahel juba olemasolevad või hiljem kehtestatavad rahvusvahelised kohustused sisaldavad kas üldist või spetsifilist määrust, mille kohaselt teise Lepingupoole investeerijaile antakse soodsam käsitus kui seda võimaldab käesolev Leping, siis rakendub antud määrus niivõrd, kuivõrd ta on soodsam käesolevast Lepingust.

(2) Kumbki Lepingupool järgib kõiki lepingulisi kohustusi, mida ta on endale võtnud teise Lepingupoole investeerija suhtes seoses investeeringutega, mida ta on oma territooriumil lubanud teha.

### Artikkel 8

#### Investeeringualaste vaidluste lahendamine

(1) Iga investeeringust tekkinud vaidlus Lepingupoole ja teise Lepingupoole investeerija vahel lahendatakse vaidluse osapoolte vahel võimalikus ulatuses sõbralikult.

(2) Kui vaidlust ei saa lahendada vastavalt lõikele 1 kuue kuu jooksul pärast nõudmiste kohta piisavalt detailse kirjaliku teate saamist, lahendatakse vaidlus Lepingupoole või teise Lepingupoole investeerija palvel arbitraaži kaudu kolme arbitraažikohtuniku poolt kooskõlas ÜRO Peaassambleel 15. detsembril 1976 vastuvõetud UNCITRAL-i arbitraažireeglitega.

(3) Kui mõlemad Lepingupoole on astunud riikide ja teiste riikide kodanike vahel investeeringualaste vaidluste lahendamise 18. märtsi 1965. aasta Washingtoni konventsiooni liikmeiks, võib vaidluse investeerija palvel alternatiivina käesoleva Artikli lõikes 2 mainitud protseduurile edastada rahvusvahelisele investeeringualaste vaidluste lahendamise keskusele (ICSID). Kumbki Lepingupool nõustub käesolevaga iga sellise vaidluse edastama ICSID-ile lahendamiseks nimetatud Washingtoni konventsiooni raames. Kui sellise vaidluse pooled on eriarvamusel, kas lahendamiseks on sobivam meetod lepitamine või arbitraaž, on valikuõigus investeerijal. Käesoleva Lepingu kohaselt on kumbki Lepingupool arbitraaži puhul pöördumatult juba ette nõus igasuguse sellise vaidluse edastamisega nimetatud keskusele, ja otsuse siduvusega, isegi kui puudub eraldi arbitraažileping Lepingupoole ja investeerija vahel. Selline nõusolek sisaldab loobumise sisemiste administratiivsete või juriidiliste abinõude ammendamise nõudest.

(4) Otsus on lõplik ja siduv; see viiakse täide vastavalt riiklikele seadustele; kumbki Lepingupool kindlustab arbitraažotsuse tunnustamise ja jõustamise kooskõlas oma vastavate seaduste ja määrustega.

(5) Vaidluses osalev Lepingupool ei esita üheski lepitamise või arbitraažimenetluse või otsuse elluviimise faasis vastuväidet selle kohta, et teiseks vaidluse osapoolteks olev investeerija on garantii tulemusel juba saanud hüvitist kogu või osa kantud kahju eest.

### Artikkel 9

#### Vaidlused Lepingupoole vahel

(1) Vaidlused Lepingupoole vahel käesoleva Lepingu tõlgendamise või tema rakendamise kohta lahendatakse võimalikus ulatuses sõbralike läbirääkimiste teel.

(2) Kui vaidlust ei saa vastavalt lõikele (1) lahendada kuue kuu jooksul, siis edastatakse see ükskõik kumma Lepingupoole palvel arbitraažikohtusse.

(3) Selline arbitraažikohus moodustatakse ad hoc järgmiselt: kumbki Lepingupool määrab ühe liikme ja need kaks liiget valivad kolmanda riigi kodaniku endale esimeheks. Need liikmed määratakse kahe kuu jooksul alates kuupäevast, millal üks Lepingupool teatas teisele Lepingupoolele oma kavatsusest anda vaidlus arbitraažikohtusse, mille esimees tuleb määrata kahe järgneva kuu jooksul.

(4) Kui lõikes 3 nimetatud ajavahemikest ei peeta kinni, siis võib kumbki Lepingupool mõne teise asjakohase lahenduse puudumisel paluda teha vajalikud määramised Rahvusvahelise Kohtu presidendil. Kui Rahvusvahelise Kohtu president on ühe või teise Lepingupoole kodanik või ta mingil muul põhjusel ei saa nimetatud funktsioone täita, siis palutakse samadel tingimustel teha vajalikud määramised Rahvusvahelise Kohtu asepresidendil või tema takistatuse puhul Kohtu ametiastmelt järgmisel liikmel.

(5) Kohus kehtestab ise oma protseduurireeglid.

(6) Arbitraazikohus teeb otsuseid käesolevast Lepingust lähtudes ja vastavalt üldtunnustatud rahvusvahelise õiguse normidele. Otsuse võtab ta vastu häälteenamusega; otsus on lõplik ja siduv.

(7) Kumbki Lepingupool kannab oma liikme ning oma juriidilise esindatuse kulud arbitraazimenetluses. Esimehega seotud ja ülejäänud kulud kantakse mõlema Lepingupoole poolt võrdsetes osades. Samuti võib kohus oma otsusega määrata kulude teistsuguse jaotamise.

#### Artikkel 10

##### Lepingu rakendamine

Käesolev Leping kehtib investeringute suhtes, mis on tehtud ühe Lepingupoole territooriumil vastavalt tema seadustele teise Lepingupoole investeerijate poolt nii enne kui ka pärast käesoleva Lepingu jõustumist, aga ei kehti ühegi investeringualase vaidluse suhtes, mis tekkis, või ühegi nõudmise suhtes, mis lahendati enne Lepingu jõustumist.

#### Artikkel 11

##### Jõustumine ja kestvus

(1) Käesolev Leping kuulub ratifitseerimisele ja jõustub ratifitseerimiskirjade vahetamisele järgneva kuu esimesel päeval.

(2) Käesolev Leping jääb jõusse kahekümneaastaseks perioodiks; seejärel pikeneb ta määramatu ajani ja tema kehtivust saavad mõlemad Lepingupoold lõpetada diplomaatilisel teel kirjalikult kahe-teistkümnekuulise etteteatamisega.

(3) Investeringute suhtes, mis on tehtud enne käesoleva Lepingu kehtivuse lõppemise kuupäeva, kehtivad käesoleva Lepingu Artiklite 1–10 sätted edasi kahekümneaastase perioodi vältel alates käesoleva Lepingu kehtivuse lõppemise kuupäevast.

KOOSTATUD 16. mai, 1994 a. Tallinnas, kahes originaalis saksa ja eesti keeles, kusjuures mõlemad tekstid omavad võrdset jõudu.

Austria Vabariigi  
nimel:

Dr. MANFRED ORTNER

Eesti Vabariigi  
nimel:

JÜRI LUIK

[TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT<sup>1</sup> BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE  
REPUBLIC OF ESTONIA CONCERNING PROMOTION AND  
PROTECTION OF INVESTMENTS

The Republic of Austria and the Republic of Estonia, hereinafter referred to as the “Contracting Parties”,

Desiring to create favourable conditions for enhanced economic cooperation between the Contracting Parties,

Recognizing that the promotion and protection of investments can enhance the willingness to undertake such investments and thereby make an important contribution to the development of economic relations,

Have agreed as follows:

*Article 1*

DEFINITIONS

For the purposes of this Agreement

(1) The term “investment” covers all assets and, in particular, although not exclusively:

(a) Movable and immovable property as well as other rights *in rem* such as mortgages, liens, pledges, usufructs and similar rights;

(b) Shares and other forms of participation in companies;

(c) Claims to money that was handed over for the purpose of creating economic value or claims to a service that has economic value;

(d) Copyrights, industrial property rights such as patents, trademarks, industrial designs and models as well as technical processes, know-how, trade names and goodwill;

(e) Concessions under public law to prospect for, extract or exploit natural resources;

(2) The term “investor”, in relation to the Contracting Parties, means:

(a) Any individual who is a national of one of the Contracting Parties in accordance with its laws and who makes an investment in the territory of the other Contracting Party;

(b) Any body corporate or company constituted in accordance with the laws of one of the Contracting Parties, which has its headquarters in the territory of that Party and makes an investment in the territory of the other Contracting Party;

<sup>1</sup> Came into force on 1 October 1995, i.e., the first day of the month following the exchange of the instruments of ratification, which took place at Tallinn on 29 September 1995, in accordance with article 11 (1).

(3) The term “returns” means the amounts yielded by an investment and, in particular, although not exclusively, profits, interest, capital gains, dividends, share profits, royalties and other like remuneration;

(4) The term “expropriation” also covers nationalization or any other measure having similar effect.

### *Article 2*

#### PROMOTION AND PROTECTION OF INVESTMENTS

(1) Each Contracting Party shall promote in its territory, to the extent possible, investments by investors of the other Contracting Party, permitting such investments in accordance with its own legislation and in all cases according them fair and equitable treatment.

(2) Investments made in accordance with article 1, paragraph 1 and their returns shall enjoy the full protection of this Agreement. In the case of reinvestment of such returns, the same shall apply, without prejudice to the provisions of paragraph 1, to the returns thereon. The legal extension, alteration or conversion of an investment shall be conducted in accordance with the legislation of the Contracting Parties.

### *Article 3*

#### TREATMENT OF INVESTMENTS

(1) Each Contracting Party shall accord to investors of the other Contracting Party and their investments treatment no less favourable than that accorded to its own investors and their investments or to investors of third States and their investments.

(2) The provisions of paragraph 1 may not be construed as obliging one Contracting Party to extend to the investors of the other Contracting Party and their investments the present or future benefit of any treatment, preference or privilege resulting from:

(a) A customs union, a common market, a free trade area or membership in an economic community;

(b) An international convention or intergovernmental agreement, accord or domestic legislation concerning tax matters;

(c) An arrangement to facilitate frontier traffic.

### *Article 4*

#### COMPENSATION

(1) The investments of investors of one Contracting Party may be expropriated in the territory of the other Contracting Party only in the public interest, on the basis of a legal procedure and against compensation. Such compensation shall correspond to the value of the investment immediately prior to the date on which the actual or impending expropriation was made public. The compensation shall be paid without undue delay and shall bear interest until it is paid at the customary bank rate

of interest in the State in whose territory the investment was made; it shall be paid in freely convertible currency and shall be freely transferable. Provision for the determination and payment of such compensation shall be made in an appropriate manner no later than the date of expropriation.

(2) If a Contracting Party expropriates the assets of a company which pursuant to article 1, paragraph 2, of this Agreement is to be regarded as a company of that Contracting Party, and in which an investor of the other Contracting Party has shares, the provisions of paragraph 1 shall be applied in such a way that such investor is assured appropriate compensation.

(3) The investor shall have the right to have the legality of the expropriation reviewed by the competent authorities of the Contracting Party which instituted the expropriation.

(4) The investor shall be entitled to have the amount of compensation and the arrangements for paying it reviewed either by the competent authorities of the Contracting Party which instituted the expropriation or by an international arbitral tribunal in accordance with article 8 of this Agreement.

#### *Article 5*

##### TRANSFERS

(1) Each Contracting Party shall guarantee to investors of the other Contracting Party the free transfer without undue delay and in freely convertible currency of payments in connection with an investment and, in particular, although not exclusively:

(a) Capital and additional amounts for the maintenance or extension of the investment;

(b) Amounts assigned to cover expenses in connection with the management of the investment;

(c) Returns;

(d) Loan repayments;

(e) Proceeds from the total or partial liquidation or sale of the investment;

(f) Compensation in accordance with article 4, paragraph 1, of this Agreement.

(2) Payments in accordance with this article shall be made at the exchange rates prevailing on the date of the transfer in the territory of the Contracting Party from which the transfer is effected.

(3) Exchange rates shall be determined on the basis of the rates quoted on the stock exchanges located in the territory of each Contracting Party or by the respective banking system in the territory of each of the Contracting Parties. The bank charges shall be fair and reasonable.

#### *Article 6*

##### SUBROGATION

If a Contracting Party, or an institution authorized by it for that purpose, makes payments to its own investor on the basis of a guarantee for an investment in the

territory of the other Contracting Party, that other Contracting Party shall, without prejudice to the rights of the investor of the first-mentioned Contracting Party under article 8 of this Agreement and the rights of that Contracting Party under article 9 of this Agreement, recognize the assignment of all rights or claims of the investor to the first-mentioned Contracting Party by operation of law or on the basis of a legal transaction. Furthermore, the other Contracting Party shall recognize the subrogation to the first-mentioned Contracting Party of all such rights or claims, which the first-mentioned Contracting Party shall be entitled to exercise to the same extent as its predecessor in title. As regards the transfer of payments to be made to the Contracting Party in question on the basis of the assigned rights, articles 4 and 5 of this Agreement shall apply *mutatis mutandis*.

### Article 7

#### OTHER OBLIGATIONS

(1) If the legislation of one Contracting Party or international legal obligations now existing alongside this Agreement or established hereafter between the Contracting Parties there provide for a general or specific arrangement whereby the investments of investors of the other Contracting Party are to be accorded more favourable treatment than under this Agreement, such arrangement shall, to the extent that it is more favourable, take precedence over the present Agreement.

(2) Each Contracting Party shall observe any contractual obligation which it may have assumed towards an investor of the other Contracting Party with regard to investments approved by it in its own territory.

### Article 8

#### SETTLEMENT OF DISPUTES CONCERNING INVESTMENT

(1) If disputes should arise between one Contracting Party and an investor of the other Contracting Party concerning an investment, they shall as far as possible be settled amicably between the parties to the dispute.

(2) If a dispute within the meaning of paragraph 1 cannot be settled within six months following written notification of properly substantiated claims, it may, at the request of the Contracting Party or the investor of the other Contracting Party, be settled by arbitration proceedings conducted by three arbitrators in accordance with the Arbitration Rules of the United Nations Commission on International Trade Law (UNCITRAL) adopted by the General Assembly on 15 December 1976.<sup>1</sup>

(3) If both Contracting Parties become States Parties to the Washington Convention of 18 March 1965 on the settlement of investment disputes between States and nationals of other States,<sup>2</sup> the dispute may, as an alternative to the proceedings referred to in paragraph 2, be submitted at the request of the investor to the International Centre for Settlement of Investment Disputes (ICSID). Each Contracting Party shall hereby agree to submit such a dispute to the ICSID for settlement in accordance with the aforementioned Washington Convention. If the parties to the dispute differ as to whether conciliation or arbitration proceedings are the more

<sup>1</sup> United Nations, *Official Records of the General Assembly, Thirty-first Session, Supplement No. 17 (A/31/17)*, p. 34.

<sup>2</sup> United Nations, *Treaty Series*, vol. 575, p. 159.

appropriate means of settling the dispute, the investor shall have the right to decide. In the case of arbitration proceedings, each Contracting Party irrevocably agrees, through this Agreement, and including in the absence of an individual arbitration arrangement between the Contracting Party and the investor, to submit such disputes to the Centre and to recognize the award as binding. Such agreement shall involve waiving the requirement for domestic administrative and legal remedies to have been exhausted.

(4) The award shall be final and binding; it shall be executed in accordance with domestic legislation; each Contracting Party shall guarantee the recognition and execution of the award in keeping with its applicable legislation.

(5) A Contracting Party which is a party to a dispute shall at no stage in the conciliation or arbitration proceeding or in the execution of an arbitral award raise an objection on the grounds that the investor who is the other party to the dispute has already received compensation for all or part of his losses under a guarantee.

### Article 9

#### INVESTMENT DISPUTES BETWEEN THE CONTRACTING PARTIES

(1) Disputes between the Contracting Parties concerning the interpretation or application of this Agreement shall, as far as possible, be settled through amicable negotiations.

(2) If a dispute referred to in paragraph 1 cannot be settled within six months, it shall, at the request of either Contracting Party, be submitted to an arbitral tribunal.

(3) The arbitral tribunal shall be constituted on an *ad hoc* basis; each Contracting Party shall appoint one member and the two members shall agree on a national of a third State as chairman. Such members shall be appointed within two months following the date on which one Contracting Party notifies the other that it intends to submit the dispute to an arbitral tribunal, and the chairman shall be appointed within a further two months.

(4) If the time limits stipulated in paragraph 3 have not been observed, and in the absence of any other arrangement, either Contracting Party may request the President of the International Court of Justice to make the necessary appointments. If the President of the International Court of Justice is a national of either Contracting Party or if he is unable to act for any other reason, the Vice-President or, if he is unable to act, the longest-serving member of the International Court of Justice may be invited, under the same conditions, to make the necessary appointments.

(5) The arbitral tribunal shall establish its own rules of procedure.

(6) The arbitral tribunal shall reach its decision on the basis of this Agreement and of the generally recognized norms of international law. It shall decide by majority vote; its award shall be final and binding.

(7) Each Contracting Party shall bear the costs of its own member and of its legal representation in the arbitration proceedings. The costs of the chairman and any other costs shall be shared equally between both Contracting Parties. The tribunal may, however, determine a different allocation of costs in its award.

*Article 10*

## APPLICATION OF THIS AGREEMENT

This Agreement shall apply to investments made by investors of one Contracting Party in the territory of the other Contracting Party and in accordance with its legislation either before or after the entry into force of this Agreement; it shall not, however, apply to a dispute concerning an investment which arose, or to a claim settled, before its entry into force.

*Article 11*

## ENTRY INTO FORCE AND DURATION

(1) This Agreement is subject to ratification and shall enter into force on the first day of the month following the date on which the instruments of ratification were exchanged.

(2) The Agreement shall remain in force for a period of 20 years. It shall be extended for an indefinite period thereafter and may be denounced in writing through the diplomatic channel by either Contracting Party subject to 12 months' prior notification.

(3) For investments made prior to the termination of this Agreement, the provisions of articles 1 to 10 of this Agreement shall apply for a further 20 years from the date of the termination of this Agreement.

DONE at Tallinn, on 16 May 1994, in two originals, in the German and Estonian languages, both texts being equally authentic.

For the Republic  
of Austria:

DR. MANFRED ORTNER

For the Republic  
of Estonia:

JÜRI LUIK

---



[TRADUCTION — TRANSLATION]

ACCORD<sup>1</sup> ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LA RÉPUBLIQUE D'ESTONIE RELATIF À L'ENCOURAGEMENT ET À LA PROTECTION DES INVESTISSEMENTS

La République d'Autriche et la République d'Estonie, ci-après dénommées « les Parties contractantes »,

Désireuses d'instaurer des conditions favorables au développement de la coopération économique entre elles,

Reconnaissant que l'encouragement et la protection des investissements peuvent renforcer la disposition à effectuer de tels investissements et apporter ainsi une contribution importante au développement des relations économiques,

Sont convenues de ce qui suit :

*Article premier*

DÉFINITIONS

Aux fins du présent Accord :

1. Le mot « investissement » désigne toutes les valeurs en capital, en particulier mais non exclusivement :

a) La propriété de biens mobiliers et immobiliers ainsi que les autres droits réels tels qu'hypothèques, droits de rétention, droits de gage, droits de jouissance et droits analogues;

b) Les droits de participation et les autres types de participation à des entreprises;

c) Les droits sur des sommes d'argent remises en vue de créer une valeur économique ou les droits sur des prestations ayant une valeur économique;

d) Les droits d'auteur, les droits de protection industrielle tels que les brevets d'invention, les marques commerciales, les dessins et modèles industriels, ainsi que les procédés techniques, le savoir-faire, les noms commerciaux et la clientèle;

e) Les concessions de droit public relatives à la prospection, à l'exploitation et à l'extraction de ressources naturelles.

2. Le mot « investisseurs » désigne, en ce qui concerne les Parties contractantes :

a) Toute personne physique possédant la nationalité de l'une des Parties contractantes conformément au droit de cette Partie et qui effectue un investissement sur le territoire de l'autre Partie contractante;

b) Toute personne morale ou société de personnes constituée conformément à la législation de l'une des Parties contractantes, qui a son siège sur le territoire de

<sup>1</sup> Entré en vigueur le 1<sup>er</sup> octobre 1995, soit le premier jour du mois ayant suivi l'échange des instruments de ratification, qui a eu lieu à Tallinn le 29 septembre 1995, conformément au paragraphe 1 de l'article 11.

cette Partie et effectue un investissement sur le territoire de l'autre Partie contractante.

3. Le mot « produits » désigne les montants que rapporte un investissement, en particulier mais non exclusivement les bénéfices, les intérêts, les augmentations de capital, les dividendes, les tantièmes, les droits de licence et les autres rémunérations.

4. Le mot « expropriation » comprend aussi les nationalisations et les autres mesures ayant un effet identique.

## *Article 2*

### PROMOTION ET PROTECTION DES INVESTISSEMENTS

1. Chacune des Parties contractantes encourage dans la mesure du possible les investissements, sur son territoire, des investisseurs de l'autre Partie contractante, les autorise conformément à sa législation et les traite dans tous les cas de manière juste et équitable.

2. Les investissements visés au paragraphe 1 de l'article premier et leurs produits jouissent de l'entière protection prévue par le présent Accord. Il en va de même, sous réserve des dispositions du paragraphe 1, dans l'hypothèse d'un réinvestissement des produits, et aussi des produits de ces derniers. L'extension, la modification ou la transformation légitime d'un investissement a lieu conformément à la législation des Parties contractantes.

## *Article 3*

### TRAITEMENT DES INVESTISSEMENTS

1. Chacune des Parties contractantes traite les investisseurs de l'autre Partie contractante et leurs investissements de manière au moins aussi favorable que ses propres investisseurs et leurs investissements ou que les investisseurs d'Etats tiers et leurs investissements.

2. Les dispositions du paragraphe 1 du présent article ne peuvent pas être interprétées comme faisant à l'une des Parties contractantes obligation d'accorder aux investisseurs de l'autre Partie contractante un quelconque avantage, présent ou futur, en matière de traitement, de préférence ou de privilège résultant :

a) D'une union douanière, d'un marché commun, d'une zone de libre-échange ou de l'appartenance à une communauté économique;

b) D'un accord international, d'une convention conclue entre Etats ou de dispositions intérieures en matière fiscale;

c) De réglementations destinées à faciliter le trafic frontalier.

## *Article 4*

### INDEMNISATION

1. Les investisseurs de l'une des Parties contractantes ne peuvent être expropriés de leurs investissements sur le territoire de l'autre Partie contractante que dans l'intérêt public, en vertu d'une procédure judiciaire et contre indemnisation. Cette

indemnisation doit correspondre à la valeur que l'investissement avait immédiatement avant le moment où l'expropriation effective ou la menace d'expropriation a été officiellement connue. Elle doit être versée sans délai injustifié et être assortie, jusqu'à la date du paiement, d'un intérêt conforme au taux bancaire habituel de l'Etat sur le territoire duquel l'investissement a été effectué; elle doit avoir lieu en devises librement convertibles et être librement transférable. Des dispositions appropriées concernant la fixation et le versement de l'indemnisation sont prises au plus tard lors de l'expropriation.

2. Si une Partie contractante exproprie de ses valeurs en capital une société qui doit être considérée comme sa propre société en application du paragraphe 2 de l'article premier et dans laquelle un investisseur de l'autre Partie contractante possède des parts, elle applique les dispositions du paragraphe 1 du présent article de manière à assurer une indemnisation proportionnelle à cet investisseur.

3. L'investisseur a le droit de faire vérifier la légalité de l'expropriation par les organes compétents de la Partie contractante qui en est à l'origine.

4. L'investisseur a le droit de faire vérifier le montant de l'indemnisation et les modalités de son paiement soit par les organes compétents de la Partie contractante qui est à l'origine de l'expropriation, soit par un tribunal arbitral international conformément à l'article 8 du présent Accord.

#### *Article 5*

#### TRANSFERTS

1. Chacune des Parties contractantes autorise sans délai injustifié les investisseurs de l'autre Partie contractante à transférer librement, en devises librement convertibles, les paiements liés à un investissement, en particulier mais non exclusivement :

a) Du capital et des montants complémentaires nécessaires au maintien ou à l'extension de l'investissement;

b) Des montants qui doivent servir à payer les dépenses afférentes à la gestion de l'investissement;

c) Des produits;

d) Des remboursements d'emprunts;

e) Du produit de la liquidation ou de la cession totale ou partielle de l'investissement;

f) D'indemnisations visées à l'article 4 du présent Accord.

2. Les transferts visés au présent article ont lieu au cours en vigueur le jour du transfert.

3. Les taux de change sont fixés conformément à la législation de la Partie contractante d'où provient le transfert. Les commissions bancaires sont justes et équitables.

### Article 6

#### DROIT DE SUBROGATION

Si une Partie contractante ou une institution habilitée par elle effectue, en vertu d'une garantie donnée pour un investissement sur le territoire de l'autre Partie contractante, des versements à un investisseur, cette dernière reconnaît, sans préjudice des droits de l'investisseur de la première Partie contractante résultant des dispositions de l'article 7 du présent Accord, le transfert à cette Partie contractante de tous les droits et prétentions de cet investisseur, sur la base de la législation en vigueur ou d'un acte juridique, tous les droits et prétentions que cette Partie est habilitée à exercer de la même manière que son prédécesseur en titre. En ce qui concerne le transfert des paiements à effectuer à la Partie contractante concernée au titre des prétentions transmises, les articles 4 et 5 du présent Accord s'appliquent par analogie.

### Article 7

#### AUTRES OBLIGATIONS

1. Si, en vertu de la législation de l'une des Parties contractantes ou d'obligations de droit international qui existent ou viendraient à exister entre les Parties contractantes en sus du présent Accord, une disposition générale ou particulière stipule qu'il est accordé aux investissements effectués par les investisseurs de l'autre Partie contractante un traitement plus favorable que ne le prévoit le présent Accord, ladite disposition l'emporte sur le présent Accord dans la mesure où elle est plus favorable.

2. Chacune des Parties contractantes respecte toute obligation contractuelle qu'elle a contractée à l'égard des investisseurs de l'autre Partie contractante en ce qui concerne les investissements qu'elle a autorisés sur son territoire.

### Article 8

#### RÈGLEMENT DES DIFFÉRENDS EN MATIÈRE D'INVESTISSEMENT

1. Les différends qui pourraient surgir au sujet d'un investissement entre une Partie contractante et un investisseur de l'autre Partie contractante seront dans toute la mesure possible réglés à l'amiable.

2. Si un différend au sens du paragraphe 1 du présent article ne peut pas être réglé dans les six mois qui suivent la réception d'une notification écrite de réclamations définies de manière suffisamment précise, il est soumis pour arbitrage, à la demande de la Partie contractante ou de l'investisseur de l'autre Partie contractante, à l'arbitrage de trois arbitres conformément au Règlement d'arbitrage de la Commission des Nations Unies pour le droit commercial international (CNUDCI) qui a été approuvé par l'Assemblée générale de 15 décembre 1976<sup>1</sup>.

3. Si les deux Parties contractantes ont adhéré à la Convention de Washington du 18 mars 1965 pour le règlement des différends relatifs aux investissements entre Etats et ressortissants d'autres Etats<sup>2</sup>, à la demande de l'investisseur, les différends

<sup>1</sup> Nations Unies, *Documents officiels de l'Assemblée générale, trente-et-unième session, Supplément n° 17 (A/31/17)*, p. 36.

<sup>2</sup> Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 575, p. 159.

peuvent aussi être non pas réglés selon les modalités visées au paragraphe 2 du présent article mais être soumis au Centre international pour le règlement des différends relatifs aux investissements (CIRDI). Chaque Partie contractante s'engage par le présent Accord à soumettre de tels différends pour règlement au CIRDI conformément à la Convention de Washington. L'investisseur départage les parties au différend si elles sont d'avis divergents au sujet de la question de savoir si un compromis ou un arbitrage convient le mieux pour régler le différend. En cas d'arbitrage, chacune des Parties contractantes s'engage d'avance irrévocablement, même en l'absence de convention individuelle d'arbitrage entre elles et l'investisseur, à soumettre de tels différends au CIRDI et à reconnaître la décision de celui-ci comme s'imposant à elles. Cet engagement constitue une renonciation à l'exigence de l'épuisement des recours administratifs et judiciaires internes.

4. La décision est définitive et obligatoire; elle est exécutée conformément au droit interne; chaque Partie contractante veille à faire reconnaître et exécuter les décisions arbitrales conformément à sa législation en la matière.

5. Une Partie contractante qui est partie au différend n'invoque à aucun stade du règlement du différend ou de la procédure arbitrale ou de l'exécution d'une décision arbitrale l'exception selon laquelle l'investisseur, qui est l'autre partie au différend, a perçu en vertu d'une garantie une indemnisation pour tout ou partie de ses pertes.

#### Article 9

##### RÈGLEMENT DES DIFFÉRENDS ENTRE LES PARTIES CONTRACTANTES

1. Les divergences de vues entre les Parties contractantes relatives à l'interprétation ou à l'application du présent Accord sont, dans la mesure du possible, réglées par des négociations à l'amiable.

2. Si une telle divergence de vues au sens du paragraphe 1 du présent article ne peut pas être réglée dans un délai de six mois, elle est soumise à un tribunal arbitral à la demande de l'une des deux Parties contractantes.

3. Le tribunal arbitral est constitué spécialement dans chaque cas : chacune des Parties contractantes désigne un membre et les deux membres désignent d'un commun accord une personne ressortissante d'un Etat tiers qui est le président du tribunal. Les membres du tribunal sont désignés dans les deux mois qui suivent la date à laquelle l'une des Parties contractantes a fait connaître à l'autre son intention de soumettre la divergence de vues à un tribunal arbitral, et le président dans les deux mois suivants.

4. Si les délais visés au paragraphe 3 du présent Accord ne sont pas respectés, chacune des Parties contractantes peut, faute d'un autre arrangement, prier le Président de la Cour internationale de Justice de procéder aux nominations nécessaires. Si le Président de la Cour internationale de Justice est ressortissant de l'une des Parties contractantes ou s'il est autrement empêché, le Vice-Président ou, en cas d'empêchement, le membre le plus ancien de la Cour internationale de Justice est invité dans les mêmes conditions à procéder aux nominations.

5. Le tribunal arbitral arrête lui-même son règlement intérieur.

6. Le tribunal arbitral prend ses décisions sur la base du présent Accord. Il se prononce à la majorité des voix; sa décision est définitive et obligatoire.

7. Les Parties contractantes supportent chacune les frais de son arbitre et de ses représentants à la procédure arbitrale; les frais du président et les autres frais sont répartis à égalité entre les deux Parties contractantes. Le tribunal peut toutefois définir un autre mode de répartition des frais dans sa décision.

#### *Article 10*

##### APPLICATION DU PRÉSENT ACCORD

Le présent Accord s'applique aux investissements déjà effectués ou qui seront effectués à l'avenir par les investisseurs d'une Partie contractante, avant ou après l'entrée en vigueur du présent Accord, sur le territoire de l'autre Partie contractante et conformément à la législation de cette dernière; il ne s'applique cependant pas aux différends en matière d'investissement ni aux prétentions antérieures à son entrée en vigueur.

#### *Article 11*

##### ENTRÉE EN VIGUEUR ET DURÉE DE VALIDITÉ

1. Le présent Accord est soumis à ratification et entrera en vigueur le premier jour du mois qui suivra le jour où les instruments de ratification auront été échangés.

2. Le présent Accord deneurera en vigueur pendant 20 ans; à l'expiration de ce délai, il sera prorogé pour une durée indéterminée et pourra être dénoncé par écrit, par la voie diplomatique, par chacune des Parties contractantes, avec un préavis de 12 mois.

3. En ce qui concerne les investissements effectués jusqu'à la date d'expiration du présent Accord, les articles 1 à 10 de celui-ci s'appliqueront encore pendant 20 ans à compter de cette date.

FAIT à Tallinn, le 6 mai 1994, en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et estonienne, les deux textes faisant également foi.

Pour la République  
d'Autriche :

MANFRED ORTNER

Pour la République  
d'Estonie :

JÜRI LUIK

---